

<p align="center">Ergebnisprotokoll der 30. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie vom 06.02.2014</p>

Beginn: 14.30 Uhr

Ende: 15.25 Uhr

Anwesende: I Deputation

1. vom Senat

Herr Senator Dr. Lohse
Herr Staatsrat Golasowski
Frau Staatsrätin Friderich

2. von der Bürgerschaft

SPD-Fraktion

Herr Hamann
Herr Jägers
Herr Metschies
Herr Gottschalk
Herr Pohlmann

CDU-Fraktion

Herr Hipp
Herr Imhoff
Herr Strohmann

**Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Frau Dr. Schierenbeck
Herr Werner in Vertretung für Herrn
Saffe
Frau Dr. Schaefer

Die Linke

Herr Arndt

II Verwaltung

Herr Dr. Sünnemann
Frau Zimmermann
Frau Kleemann
Herr Eickhoff
Frau Kamp
Frau Urban
Herr Viering
Herr Musiol
Frau Prof. Dr. Reuther
Frau Sittauer
Herr Dr. Viebrock-Heinken
Herr Nagler
Herr Dr. Kumpfer
Herr Dr. Vogt
Herr Kurk
Frau Hein
Herr Bürger
Frau Köhnlein
Frau Pieper

Der Senator für Umwelt, Bau und
Verkehr

ASV

III Gäste

IV Gastdeputierte

Frau Kennard	SPD-Fraktion
Herr Sulimma	SPD-Fraktion
Herr Liess	SPD-Fraktion
Herr Saxe	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Neumeyer	CDU-Fraktion

Herr Senator Dr. Lohse begrüßt die Mitglieder und Gäste der 30. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie.

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
-------	-------------------------------------	--

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.

TOP 2	Genehmigung von Protokollen (hier: Protokoll 18/28 der Sitzung am 19.12.2013 Protokoll der nicht öffentlichen Sitzung am 19.12.2013 Protokoll 18/29 der Sitzung am 09.01.2014)	L/S
-------	--	-----

Frau Dr. Schaefer merkt an, dass sie in der Sitzung am 9. Januar 2014 zum TOP 3 „Abwasserabgabe (AbwAG) und Wasserentnahmegebühr (BremWEGG) - Bericht über die geplante Mittelverwendung 2014“ begrüßt habe, dass sich in der Position „Projekte zur Steigerung des Grünanteils“ Mittel für Ersatzpflanzungen für die abgängigen Straßenbäume wiederfänden.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem vorgelegten Protokoll zu.

TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft -02-	L/S
-------	---	-----

Auf Nachfrage von **Herrn Strohmann** berichtet **Herr Musiol**, dass eine Deputationsvorlage zum Thema Friedhofsentwicklungsplanung für die April- Sitzung der Deputation geplant sei.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

einstimmig

TOP 4	Wahrnehmung der Aufgaben der Landesregulierungsbehörde nach dem Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) durch die Bundesnetzagentur mittels Organleihe, Anpassung des Organleiheabkommens mit dem Bund an Änderungen des EnWG und europarechtliche Vorgaben -21-	Vorlage 18/340
-------	--	-------------------

Herr Gottschalk weist darauf hin, dass das Land Niedersachsen die Organleihe gekündigt habe, weil man mit einer eigenen Verwaltung differenzierter auf landesspezifische Fragen eingehen könne. Er möchte wissen, weshalb dies für Bremen nicht in Frage komme.

Herr Dr. Viebrock-Heinken berichtet, dass sich das Land Bremen seit 2005 am Organleiheverfahren beteilige. In Bremen gebe es kaum relevante Netze in Landeszuständigkeit. Die Bundesnetzagentur sei ohnehin für die swb als größtem Netzbetreiber in Bremen zuständig, die in der Stadt Bremen sowohl das Strom- und das Gas-Netz und in Bremerhaven das Strom- Netz unterhalte. Für die wenigen Netze, die daneben in die Landeszuständigkeit fallen – Strom- Netze im Fischereihafen, im Überseehafen, bei der BWK und das Gas- Netz in Bremerhaven – sei es zu kostenaufwendig, das notwendige Personal vorzuhalten, zumal die Kosten für die Organleihe in Bremen lediglich 7.500 € jährlich betragen. In Niedersachsen gebe es eine viel größere Zahl von Netzbetreibern und gegenüber der Bundesnetzagentur deutlich höhere Kosten.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der Neufassung des Verwaltungsabkommens über die Wahrnehmung bestimmter Aufgaben nach dem Energiewirtschaftsgesetz entsprechend der Anlage zu.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt zur Kenntnis, dass der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr dem Senat das Abkommen zur Beschlussfassung vorlegen wird und nach Unterzeichnung die Bürgerschaft mit dem zugehörigen Zustimmungsgesetz begrüßen wird.

einstimmig

TOP 5	Verordnung über Naturschutz- und Landschaftsschutzgebietsverordnungen im Ortsteil Lüssum-Bockhorn der Stadtgemeinde Bremen -3-	Vorlage 18/336
--------------	--	-------------------

Frau Dr. Schaefer begrüßt die Maßnahme. Sie thematisiert den grundsätzlichen Vorrang des Bergrechts vor dem Naturschutzrecht und bittet darum, das Thema in einer der nächsten Sitzungen gesondert zu erörtern.

Herr Imhoff bittet um Erläuterung, was unter gelenkter Umweltbildung im Katalog zulässiger Handlungen zu verstehen sei.

Herr Nagler erläutert, dass dieser Passus in alle neuen Schutzgebietsverordnungen aufgenommen werde. Gemeint seien geführte Exkursionen mit Schulklassen oder Kindergartengruppen z. B. an kleinere Gewässer oder hier am Beispiel Eispohl in die Heideflächen. Auf Nachfrage von **Herrn Imhoff** weist er darauf hin, dass landwirtschaftlich genutzte Flächen dabei nicht begangen werden.

Beschluss:

- 1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt das Ergebnis des Beteiligungsverfahrens zum Erlass einer neuen Naturschutzgebietsverordnung „Eispohl, Sandwehen und Heideweiher“ im Ortsteil Lüssum-Bockhorn der Stadtgemeinde Bremen und der damit verbundenen Änderung der Verordnung zum Schutze von Landschaftsteilen im Gebiet der Stadtgemeinde Bremen vom 2. Juli 1968 zur Kenntnis.*

2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt zur Kenntnis, dass der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr den Entwurf der Verordnung dem Senat zur Beschlussfassung zuleitet.

einstimmig

TOP 6	Berichte der Verwaltung	
TOP 6a)	Energiespar-Contracting in bremischen Dienststellen -2-	BdV schriftlich

Herr Gottschalk stellt fest, dass die Ergebnisse der Einsparungen im Schulbereich zumindest eine positive Tendenz zeigten. Insgesamt seien die Verzögerungen bedauerlich. Er möchte wissen, ob die Gefahr bestehe, dass die bereit gestellten Mittel möglicherweise im Haushaltsverfahren nicht mehr greifbar seien.

Frau Dr. Schierenbeck begrüßt grundsätzlich das Instrument des Energiesparcontractings. Sie möchte wissen, wann ein Konzept zu den Energieeinsparmaßnahmen vorgelegt werde. Die Vorbereitung weiterer Energiesparcontracting- Projekte solle von Immobilien Bremen (IB) geleistet werden. Der Gebäudebestand von IB verursache jedoch nur 40% der Energiekosten aller öffentlichen Gebäude. Sie fragt, inwieweit es möglich sei, in den Bereichen, die nicht von IB bewirtschaftet werden, ebenfalls Energiesparcontracting- Projekte umzusetzen?

Herr Hipp wirft die Frage auf, ob die Nichterreichung der Einsparziele beim Haus des Reichs durch Belange des Denkmalschutzes verursacht sei.

Herr Dr. Vogt berichtet, dass nach Auskunft von IB das Ziel beim Haus des Reichs deshalb nicht erreicht worden sei, weil die Potentiale in der Steuerung- und Regeltechnik der Heizungsanlagen vom Contractor noch nicht vollständig ausgeschöpft werden. Denkmalschutzaspekte hätten auf die Anlagentechnik keinen Einfluss. Die Verzögerungen insgesamt seien auf die Personalsituation bei IB zurückzuführen. Die neu geschaffene Stelle für die Steuerung des Energiesparcontractings und des Energiesparprogramms solle zur Jahresmitte besetzt werden. Dies bedeute zumindest für den Bereich Energiesparcontracting, dass die Identifizierung neuer Objekte, die Zusammenstellung neuer Pools, erst dann beginnen könne.

Das Konzept für den zweiten Teil des Energieeinsparprogramms solle der Deputation am 24.04.2014 mit der ersten jährlichen Berichterstattung vorgelegt werden. Für das Energiesparprogramm gehe es konzeptionell um Maßnahmen in Gebäuden, die für Energiesparcontracting nicht geeignet seien. Der Schwerpunkt liege im Bereich Kindertagesstätten, die meist zu klein für das Contracting seien. Im Rahmen des Projekts Enerkita seien für sehr viele KiTas bereits konkrete Maßnahmen, vor allem im Bereich Anlagentechnik, identifiziert worden. Deren Umsetzung sei bisher an den fehlenden Finanzierungsmöglichkeiten gescheitert.

Auf Nachfrage von **Frau Dr. Schierenbeck** führt er aus, dass es im Prinzip auch möglich sei, in Gebäuden der Uni oder der Krankenhäuser Contracting durchzuführen. Es gebe für das Energiesparcontracting eine Lenkungsgruppe, diese müsse sich mit den Vorschlägen auseinandersetzen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt von dem Bericht der Verwaltung Kenntnis.

TOP 6b)	Zuständigkeiten der Polizei im Lande Bremen für die grenzüberschreitende Abfalltransportkontrolle Bericht zum Antrag der Fraktionen B'90/ Die Grünen und SPD „Transport von Abfällen über Bremer Häfen effektiver kontrollieren“ -2-	BdV schriftlich
----------------	--	--------------------

Frau Dr. Schaefer begrüßt die verstärkte Zusammenarbeit zwischen SUBV und der Polizei. Es bestehe weiter das Problem, dass kein Zugriff auf die Zolldatenbanken ATLAS gewährt werde. Dies müsse zusammen mit den anderen Bundesländern bundesweit angegangen werden. Die Zuständigkeitsübertragung auf die Polizei sei noch nicht vorgesehen, sondern erfolge im Rahmen von Amtshilfe. Hier seien weitere Gespräche mit dem Senator für Inneres nötig.

Herr Gottschalk bittet um eine Einschätzung, ob hinsichtlich eines Datenbankzuganges Initiativen auf Länderebene, z. B. im Bundesrat, aussichtsreich seien.

Frau Kamp berichtet, dass das Bundesministerium für Finanzen erst vor kurzem angeschrieben worden sei und auch andere Bundesländer, u. a. Hamburg, hätten versucht, Einsicht zu erlangen. Es werde aufgrund des Steuergeheimnisses kategorisch abgelehnt, diese Einsicht zu gewähren.

Auf Nachfrage von **Herrn Gottschalk** erklärt **Frau Hein**, dass in dieser Zolldatenbank alle Daten über Güterverbringungen im Zoll- Warenverkehr erfasst werden. Man könne nicht herausfiltern, welche davon kriminelle Hintergründe hätten und daher greife das Steuergeheimnis.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und bittet die Verwaltung, diesen Bericht an die Deputation für Inneres und Sport zur Kenntnisnahme weitzuleiten.

Einstimmig

TOP 6c)	Immissionsmessprogramm zu Feinstaub und Staubbiederschlag in Bremerhaven 2014 -2-	BdV schriftlich
----------------	---	--------------------

Herr Senator Dr. Lohse weist darauf hin, dass der vorliegende Bericht auf einen Berichtswunsch von Frau Dr. Schaefer zurückgeht.

Frau Dr. Schaefer begrüßt die Einrichtung dieser Messstelle in Bremerhaven. Bisher habe man auf niedersächsische Daten zurückgreifen müssen. Anhand eigener Daten könne besser qualifiziert diskutiert werden, woher Feinstaubbelastungen kommen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 6d)	Entwurf einer Verordnung über die Festsetzung eines Wasserschutzgebiets für das Wasserwerk Blumenthal der swb Netze Bremen GmbH & Co KG - 34 -	BdV schriftlich
----------------	--	--------------------

Frau Neumeyer kritisiert, dass immer noch keine Einigung mit dem Beirat in Blumenthal bestehe.

Frau Dr. Schaefer erinnert daran, dass es im Beirat Gespräche auch mit dem Senator gegeben habe. In Bremen-Nord liege das einzige Bremische Trinkwasserschutzgebiet. Zwei Drittel des Trinkwassers für Bremen komme aus Niedersachsen und zwar aus potentiellen Fracking- Gebieten, wo bereits herkömmliche Erdgasförderung stattfinde und es auch schon zu Unfällen mit Benzol gekommen sei. Es sei auch im Interesse von Bremen- Nord, das einzige autarke Trinkwasserschutzgebiet in Bremen zu schützen. Wenn dies bedeute, dass bremische Unternehmen auf dem BWK- Gelände zusätzliche Schutzmaßnahmen vorhalten müssen, dann sei dies richtig.

Herr Senator Dr. Lohse weist darauf hin, dass das Grundwasser als natürliche Lebensgrundlage gemäß Art. 20 a des Grundgesetzes durch den Staat zu schützen sei. Nach § 50 Absatz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes des Bundes solle Trinkwasser soweit möglich wohnortnah gewonnen werden. Auch die Bauleitplanung habe die Wasserversorgung zu berücksichtigen. Dies sei übergeordnetes Bundesrecht, das zu beachten sei. Somit sei das einzige Trinkwasserschutzgebiet in Bremen zu schützen.

Herr Liess führt aus, dass ein Beirat die regionalen Interessen zu berücksichtigen habe. Die Trinkwasserversorgung für über ein Drittel der Bremerinnen und Bremer sei mehr als das regionale Interesse der Region Blumenthal, sie liege im übergeordneten Interesse. Er verstehe den Beirat, wenn dieser befürchte, dass eine Gefährdung von Arbeitsplätzen oder eine Verhinderung zukünftiger Ansiedelung von Unternehmen gegeben sein könnte. In der nachfolgenden städtischen Deputation werde der entsprechende Bebauungsplan befasst. Dort seien unterschiedliche Zonierungen vorgesehen, die erstens den Bestand regelten und zweitens auch weitere Ansiedlungen zuließen. Die Auflagen, die zusätzlich aus der Festlegung des Trinkwasserschutzgebiets resultieren, seien relativ gering gegenüber dem, was ohnehin schon rechtlich vorgeschrieben sei. Er könne vor diesem Hintergrund die geäußerte Kritik nicht teilen. Er begrüße die Wasserschutzgebietsverordnung, mit der Rechtssicherheit gewonnen werde.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr zur Kenntnis.

TOP 7	Verschiedenes	
TOP 7a	CO₂- Emissionen der Bremer Kraftwerke	

Frau Dr. Schierenbeck bittet um einen Bericht zu den CO₂- Emissionen der Bremer Kraftwerke.

Dieser Aspekt soll in die geplante Berichterstattung zum CO₂- Monitoring mit einfließen.

TOP 7b	Sachstand des EU-Beihilfeverfahrens zum deutschen EEG	
---------------	--	--

Herr Strohmam bittet um einen Sachstand zum EU-Beihilfeverfahren zum deutschen EEG.

Herr Senator Dr. Lohse berichtet dass aus Brüsseler Sicht bemängelt werde, dass es keine eindeutig nachvollziehbaren Kriterien gebe, nach denen energieintensive Industrien, die in internationalem Wettbewerb stehen, von der EEG Umlage ausgenommen werden. Solche Kriterien könnten sich eng anlehnen an das, was Brüssel im Bereich des Emissionshandelssystems akzeptiere. Es sei notwendig, dass die Bundesregierung mit konkreten Vorschlägen auf Brüssel zugehe. Kommissar Oettinger habe deutlich gemacht, dass er sich durchaus vorstellen könne, in bestimmten Fällen, die das Kriterium internationaler Wettbewerb nicht so unmittelbar erfüllen, wie z. B. bei ÖPNV- Unternehmen, auch eine andere, nachvollziehbare Begründung zu akzeptieren.

Frau Dr. Schierenbeck ergänzt, dass nicht das EEG als Ganzes im Fortbestand gefährdet sei, sondern dass es darum gehe, eine angemessene Regelung für die Ausnahmetatbestände zu finden. Daneben sei die Eigenstromerzeugung ein weiteres Thema. Die Stahlwerke seien bisher ausgenommen, weil sie ihren eigenen Strom erzeugen. Es sei beabsichtigt, dies mit der Reform des EEG möglicherweise zu ändern. Hier müsse man sehen, dass eine Änderung nicht übersteuere.

TOP 7c	WLAN im Ansgaritorsaal	
---------------	-------------------------------	--

Herr Imhoff bitte um einen Bericht, wieweit die Überlegungen zur Einrichtung von WLAN im Ansgaritorsaal seien.

Diese Frage wird in der nächsten Sitzung beantwortet.

Herr Senator Dr. Lohse schließt die 30. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Sprecher

Protokoll